

Unbenannt

Meldung vom Samstag, 9. Februar 2008 © ka-news 2008

CDA besucht Heroi nproj ekt
Verhi nderung von Sucht geni eßt Vorrang

CDA: Heroi nproj ekt auf "saubere rechtliche Füße" stellen (Foto: ka-news)

Karlsruhe - Die Landesgruppe der baden-württembergischen CDU-Bundestagsabgeordneten berät am kommenden Montag über den Gesetzentwurf zur kontrollierten Abgabe von Heroin an schwerkranke Drogenabhängige. Aus diesem Grund informierten sich am vergangenen Donnerstag der Karlsruher Bundestagabgeordnete Ingo Wellenreuther, der Europaabgeordnete Thomas Ulmer und der CDA-Landesvorsitzende Christian Bäumler bei den Verantwortlichen des Heroi nproj ektes in der AWO-Ambulanz in Karlsruhe über Bedingungen und Ergebnisse des Therapi ekonzeptes.

"Erstes Ziel jeder Drogenpolitik muss es natürlich sein, die Prävention zu stärken. Die Verhinderung von Sucht geni eßt absoluten Vorrang", stellt der Europaabgeordnete Ulmer, der selbst Arzt ist, klar. Allerdings gelte es nun, das Heroi nproj ekt auf "saubere rechtliche Füße" zu stellen. Dafür sei eine Änderung des Betäubungsmittelgesetzes notwendig.

CDA: Fraktionszwang aufheben

Der CDA-Landesvorsitzende Bäumler erklärte, es gehe nicht darum, die Liberalisierung der Drogenpolitik voranzubringen oder gar die Prinzipien der Prävention, Therapie oder Repression außer Kraft zu setzen, sondern Menschen mittleren Alters, die seit vielen Jahren von Heroin abhängig sind, den Weg zur Therapie durch anfängliche kontrollierte Abgabe des Heroins zu ebnen. Manche schwerkranke Drogenabhängige seien mit den bisherigen Therapien gar nicht mehr erreichbar. In Karlsruhe handelt es sich um 20 bis 30 Personen, die dafür in Frage kommen - bei zirka 800 Drogenabhängigen in der gesamten Stadt.

Die CDU-Sozialausschüsse (CDA) fordern die Freigabe der Abstimmung im Bundestag über die kontrollierte Abgabe von Heroin an schwerkranke Drogenabhängige. Die Sozialausschüsse fordern, bei einer Abstimmung im Deutschen Bundestag, der dem Gesetzesantrag des Bundesrates noch zustimmen muss, den Fraktionszwang aufzuheben. Die Frage, ob synthetisch hergestelltes Heroin (Diamorphin) an Schwerstabhängige abgegeben wird, sei eine Gewissensentscheidung, bei der sich die Parlamentarier an den Fachleuten und Gutachtern, nicht aber an parteitaktischen Erwägungen orientieren sollten. MdB Wellenreuther erklärte, dass er sich bei der Landesgruppe am Montag dafür einsetzen wolle. (ps/de)